

Kriterienliste zur Prüfung und Standardisierung von Berichten der Arbeitsgremien

1	Allgemeine Angaben zum Bericht
1.1	Arbeitsgremium: Bund-/Länderarbeitsgemeinschaft Abfall Ansprechperson/Tel.-Nr.: LAGA – Geschäftsstelle Thomas Pößl, Tel.-Nr.: 089-9214 2546 E-Mail: laga-gs@stmuv.bayern.de
1.2	Bezeichnung des Berichts Entwurf der LAGA-Mitteilung 31B "Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes - Technische Anforderungen an die Behandlung und Verwertung von Elektro- und Elektronikaltgeräten"
1.3	Die Thematik des Berichts ist ☐ neu ☒ wegen sachlicher Änderung neu
1.4	Kurze Zusammenfassung der Kernaussagen des Berichts: Neben allgemeinen Ausführungen zur Schadstoffentfrachtung und Behandlung der Altgeräte ist in der LAGA-M 31B der Stand der Technik von Behandlungs-/Verwertungsverfahren für ausgewählte Elektro- und Elektronikaltgeräte (EAG) wie z.B. Wärmeüberträger, Bildschirme und Monitore, Lampen, Nachtspeicherheizgeräte und Photovoltaik-Module enthalten. Weiterhin werden die Behandlungs-/Verwertungsverfahren für ausgewählte Bauteile und Stoffe, die häufig in Altgeräten der unterschiedlichen Gerätearten vorkommen bzw. für die es aufgrund ihrer Schadstoffrelevanz sinnvoll erscheint, beschrieben. Die LAGA-Mitteilung 31B soll damit dazu beitragen, bundesweit einheitliche Mindeststandards bei der Behandlung von EAG zu gewährleisten. -
2	Notwendigkeit des Berichts
2.1	Warum wurde der Bericht erstellt: (Ziel) Information der ACK; bitte um Zustimmung zur Veröffentlichung und Empfehlung an die Länder, die Vollzugshilfe einzuführen.
2.2	Auswirkungen und Relevanz für die Länder und den Bund:
2.3	Ergebnis bzw. Beschlussvorschlag: Die Amtschefkonferenz nimmt die LAGA-Mitteilung 31B „Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes – Technische Anforderungen an die Behandlung und Verwertung von Elektro- und Elektronikaltgeräten“ (Stand 18.04.2018) zur Kenntnis und stimmt deren Veröffentlichung zu. Sie empfiehlt den Ländern, diese einzuführen.

3	Analyse von Konfliktpotential						
	Durch den Beschluss betroffene Gruppen und Auswirkungen						
	(bitte betroffene Gruppe angeben)			(Bitte Gruppierungen bzw. Bereiche angeben, bei denen der Beschluss Restriktionen zur Folge hat)			
	z. B. für den Bund			keine			
	z. B. für die Länder			keine			
	z. B. für Unternehmen (einschl. Landwirtschaft)			keine			
	z. B. für Bürgerinnen und Bürger			keine			
	sonstige			keine			
4	Kostenfolgenabschätzung						
4.1	Welche Kosten werden bei Beschluss der Ergebnisse verursacht? (Bitte einmalige Kosten mit Zusatz A, wiederkehrende Kosten mit Zusatz B angeben)						
	(bitte betroffene Gruppe Angeben)	Personalkosten	A	B	Sachkosten (incl. Verfahrenskosten)	A	B
	z. B. für den Bund						
	z. B. für die Länder						
	z. B. für Unternehmen						
	z. B. für Bürgerinnen und Bürger						
	sonstige						
Falls die Kosten nicht angegeben werden können, bitte erläutern:							
4.2	Wurde eine Kosten-/Nutzenanalyse angestellt und Einsparungsmöglichkeiten geprüft? (bitte Ergebnis darstellen)						
5	Alternativen						
5.1	Welche Auswirkungen hätte ein Verzicht des vorgeschlagenen Beschlusses: Keine Veröffentlichung und somit wäre ein möglichst einheitlicher Vollzug nicht gewährleistet.						
5.2	Welche Alternativen bestehen und/oder wurden geprüft: Es besteht keine Alternative.						